

## **CH\_VB 92.3473 vom 17. Dezember 1992**

Bundesverwaltung, 1992-12-17, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_92.3473](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_92.3473)

FR: CH\_VB 92.3473 du 17 décembre 1992

IT: CH\_VB 92.3473 del 17 dicembre 1992

### **Erwägungen**

#### **E. 17**

décembre 1992 Antrag der Kommission Die Kommission beantragt deshalb, die Behandlungsfrist für die parlamentarischen Initiativen 90.240, 91.429 und 92.412 entsprechend zu verlängern. Proposition de la commission La commission propose de prolonger le délai pour le traitement des initiatives parlementaires 90.240, 91.429 et 92.412, dans les limites indiquées ci-dessus. Angenommen -Adopté #ST# 92.3473  
Dringliche Interpellation Haering Binder Krieg in Ex-Jugoslawien Interpellation urgente Haering Binder Guerre en ex-Yougoslavie Wortlaut der Interpellation vom 1. Dezember 1992 Ein Ende des Krieges oder gar ein Frieden im ehemaligen Jugoslawien ist nicht absehbar. Hunderttausende sind auf der Flucht vor Gewalt, systematischer Vernichtung, Vergewaltigung, Hunger und Kälte. Unsere Möglichkeiten, die Not in Jugoslawien zu mildern und zum Frieden beizutragen, mögen beschränkt sein - aber: Wir sind nicht ohnmächtig. Und es ist unsere moralische und politische Pflicht, alle Möglichkeiten der Hilfe auszuloten und zu ergreifen. Wir stellen deshalb dem Bundesrat die folgenden Fragen: 1. Zahllose Menschen in Ex-Jugoslawien sind diesen Winter unmittelbar vom Tode bedroht. Gleichzeitig stehen die Schweizer Flüchtlingsheime halb leer: Rund 15000 Menschen könnten in diesen Heimen zusätzlich untergebracht und somit gerettet werden; weitere Unterkünfte wären u. a in Kasernen vorhanden. Ist der Bundesrat bereit, die Anzahl Flüchtlinge, die in nächster Zeit bei uns aufgenommen werden, massiv zu erhöhen? 2. Zehntausende von Frauen und Mädchen wurden und werden im Krieg in Ex-Jugoslawien systematisch vergewaltigt Ist der Bundesrat bereit, - diese sexuelle Gewalt als Kriegsverbrechen zu verurteilen und sich mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen und politischen Mitteln dafür einzusetzen, dass Vergewaltigung im Krieg zum Kriegsverbrechen erklärt und vor den Internationalen Gerichtshof gebracht wird? - Vergewaltigung, sexuelle Gewalt und die Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen endlich als Fluchtgrund zu anerkennen und den Opfern dieser Gewalt Asyl zu gewähren? 3. Neben der vermehrten Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land sind Massnahmen vor Ort dringlich. Welche Massnahmen vor Ort hat der Bundesrat bereits ergriffen, und welche konkreten Möglichkeiten sieht er, um dieses Engagement auszubauen? Ist der Bundesrat bereit, einen Sonderkredit in der Höhe von

#### **E. 20**

022 086 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.